

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد      بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم      از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

*European Languages*

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 05.05.2018

Von Christian Bunke, Manchester  
06.05.2018

## Labour im Aufschwung

*Sozialdemokraten gehen gestärkt aus Kommunalwahl in England hervor*



*Die Zählkommission wertet Stimmzettel der Kommunalwahl in Manchester im vergangenen Jahr aus (5.5.2017)*

Foto: Nick Ansell/PA/dpa

Zugewinne für Labour und die Liberaldemokraten, Verluste für die Konservativen und UKIP. Das ist das grobe Bild, das sich nach den Kommunalwahlen in England am Freitag vormittag abzeichnete. Labour-Chef Jeremy Corbyn freute sich über das Ergebnis. Man habe in Gegenden gewonnen, in denen die Partei zuvor keinen Stich machen konnte.

Auch in London haben die Sozialdemokraten stark zugelegt. Allerdings habe man die auch durch die Tories hohen Erwartungen nicht ganz erfüllen können. In den Tagen vor der Wahl hatten konservative Wahlkämpfer Flugblätter mit der Warnung »Wollt Ihr, dass Bolschewisten die Kontrolle über Eure Müllabfuhr haben« verteilt. Londons Labour-Bürgermeister Sadiq Khan sagte am Freitag: »Wir haben in der Hauptstadt das beste Ergebnis seit 1971 erzielt.«

Im Großraum Manchester verloren die Tories die Kontrolle über den einzigen von ihnen dort verwalteten Bezirk, Trafford. Zugewinne für Labour und die Grünen führten zu einer Situation ohne klare Mehrheitsverhältnisse. Auch in der Peripherie Manchesters konnte Labour punkten. Die Partei holte in Failsworth West die Mehrheit. Vorher wurde dieser Ort von der rassistischen UKIP-Partei repräsentiert. Bis auf zwei Stadtratssitze verlor UKIP alle kommunalpolitischen Posten in England.

Eine Niederlage setzte es für Labour im zu Nordlondon gehörenden Stadtbezirk Barnet, wo die Partei gegen die Tories verlor. Der lokale Fraktionsvorsitzende Barry Rawlings behauptete in einer Stellungnahme, der angebliche Antisemitismus in Labour habe zu der Niederlage beigetragen: »Ich verspreche nun, dass Labour in Barnet ein Leuchtturm für die restliche Partei sein wird, um das antisemitische Virus in unseren Reihen zu bekämpfen und zu besiegen.«

Auch in Barnet hatte es zuvor keine klaren Mehrheitsverhältnisse gegeben. In den vergangenen Jahren gerieten vor allem die örtlichen Labour-Stadträte immer wieder in Konflikt mit der lokalen Gewerkschaftsbewegung. Gegen die Kürzungspolitik der Bezirksverwaltung gab es immer wieder Streiks. Große Teile der kommunalen Betriebe wurden privatisiert. Im vergangenen Jahr verweigerten die sozialdemokratischen Bezirksräte einer Bürgerinitiative, die sich gegen Streichungen und Personalabbau bei den lokalen Schulen ausspricht, die Unterstützung.

Bei dieser Politik dürften auch die Ursachen für die Wahlniederlage in Barnet zu finden sein. Der rechte Flügel der Labour-Partei wird dies jedoch nicht zugeben. Für die kommenden Tage sind weitere Angriffe auf den linken Vorsitzenden Corbyn zu erwarten. Sowohl *BBC* als auch Tageszeitungen wie *The Guardian* gaben »dem Antisemitismus« die Schuld am angeblich schlechten Abschneiden der Partei.

In Southampton verteidigte Keith Morrell erfolgreich seinen Stadtratssitz. Er ist ein ehemaliger Labour-Politiker, der aus seiner Partei ausgeschlossen wurde, weil er vor Ort Widerstand gegen die Schließung kommunaler Schwimmbäder organisierte. Auch in der Corbyn-Ära wird Morrell die Rückkehr in die Labour-Partei verweigert. Deswegen trat er

erneut als Teil des linken Wahlbündnisses »Trade Unionist and Socialist Coalition« an, das sich gegen rechte Labour-Politiker positioniert, die sich für Kürzungen aussprechen. Unklar war zu *jW*-Redaktionsschluss das Ergebnis in der mittelenglischen Millionenstadt Birmingham. Auch dort hatte es in den vergangenen Jahren schwere Konflikte zwischen den Gewerkschaften und der von Labour regierten Stadtverwaltung gegeben. 2017 streikten die Mitarbeiter der Müllabfuhr über mehrere Monate, weil ihnen schlechtere Arbeitsverträge, niedrigere Löhne und längere Arbeitszeiten aufgedrückt werden sollten.